

„Kreis revolutionärer Sozialdemokraten“

Materialien (1933)

1	Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 28. Mai 1933	1 Seite
2	Resolution eingebracht zur Wiener Jahreskonferenz am 27. Mai 1933	1 Seite
3	Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 23. Juni 1933	1 Seite
4	Grundsätzliche Erklärung des Kreises revolutionärer Sozialdemokraten	3 Seiten

(alle Materialien liegen sowohl als Abschrift als auch als Faksimile vor)

Vorwort

Die nachstehenden vier Texte wurden alle von Franz Pavelka im Frühjahr / Sommer 1933 verfasst. Sie sind Ausdruck eines Differenzierungsprozesses innerhalb der Sozialdemokratie und einer Linksentwicklung von Teilen der Mitgliedschaft. Das Zurückweichen der Parteiführung nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 und die sukzessive Einschränkung des Bewegungsspielraums der proletarischen Organisationen setzte eine Entwicklung in Gang, die einerseits zu einem fühlbaren Mitgliederschwind führte – immer mehr Desillusionierte erwarteten sich von der sozialdemokratischen Parteiführung weder eine Besserung ihrer persönlichen Lage noch eine Einlösung der Versprechen, dass bald die Zeit gekommen wäre, in der die Partei ihre ganze Macht zu zeigen gewillt wäre.

Zum anderen entwickelte sich ein ganzes Spektrum von (meist kleineren) Zirkeln, die nach links tendierten. Sie gruppierten sich um einige Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ sowie einzelne Bezirksfunktionäre der Partei. Stärker verankert war diese Strömung auch in der inzwischen illegalen Wehrorganisation der Partei, dem Republikanischen Schutzbund, und in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen.

Profitieren konnte von dieser Stimmung zum einen die KPÖ. Sicher zu den bekanntesten Oppositionellen, die zur Kommunistischen Partei wechselten, gehörte Ernst Fischer, der von 1931 bis 1934 als einer der Führer der parteiinternen Linksopposition mit einigem Einfluss auf die Parteijugend galt, die das ständige Zurückweichen der SdAP vor dem erstarkenden Austrofaschismus ablehnte.

Aber auch die *Bolschewiki-Leninisten*, die sich 1932 neben der *KPÖ-Opposition* und der *Mahn-ruf-Gruppe* als dritte linksoppositionelle Strömung gebildet hatte, konnten sich in dieser wachsenden Oppositionsströmung einbringen. Sicher eine große Hilfe war, dass sich die *Bolschewiki-Leninisten* auf die Unterstützung Leo Trotzki verlassen konnten.

Mit großem Scharfblick hatte Trotzki in den *Lehren des 1. Mai in Österreich* die Situation analysiert, in die die SP-Führung das Land und die Partei gebracht hatte: „Die Politik der

Sozialdemokratischen Partei schließt die Möglichkeit eines Sieges des Proletariat aus. Zur selben Zeit schließt sie aber auch die Möglichkeit irgendeiner Art eines stabilisierten Regimes aus. Das Proletariat wird in einem Status des Aufruhrs und der Hoffnung auf eine revolutionäre Situation verbleiben. Die Bourgeoisie lebt in einer dauernden Furcht vor einem Bürgerkrieg.“¹

Diese Situation hatte Trotzki dazu geführt, den österreichischen *Bolschewiki-Leninisten* eine Ausrichtung der politischen Arbeit auf die (linke) Sozialdemokratie als Mittel vorzuschlagen, um aus dem Zirkelmilieu auszubrechen und einen Weg zu den Kernschichten der Arbeitenden zu finden. Sicher seien, so Trotzki im Juni 1933, die Repräsentanten der sozialdemokratischen Opposition schwach und „*charakterlos*“. Trotzdem haben sie „*in der gegenwärtigen politischen Situation große symptomatische Bedeutung. Durch sie manifestieren sich, in einer gebrochenen und geschwächten Form, die Ängste und Befürchtungen der besten österreichischen Arbeiter: Wie könnt ihr diese Arbeiter erreichen, wenn ihr geringschätzig diese neuen Oppositionellen beiseiteschiebt? Auf jeden Fall gibt es für die Linke Opposition keinen anderen Weg, als einen scharfen Bruch zu vollziehen mit der Tradition von Bohemién-Zirkeln (...) und all ihre Aufmerksamkeit auf die industriellen Anlagen zu richten.*“²

Für die österreichischen *Bolschewiki-Leninisten* war diese Unterstützung sicher ein entscheidendes Element ihrer Profilierung. Die taktische Ausrichtung auf die sozialdemokratische Linke trug nun langsam Früchte. 1933 und nach der Februarniederlage 1934 schlossen sich einige ehemalige SdAP-Mitglieder um den ehemaligen Währinger Bezirksrat Franz Pavelka an, zu denen auch radikalisierte Jugendliche wie Franz Pavelkas Sohn Ernst und dessen Freund Heinrich Thomas in Verbindung standen.

Diese Beziehungen waren auch ausschlaggebend dafür, dass die Broschüren, die die Gruppe mit Trotzki-Texten publizieren konnte, über linke sozialdemokratische Kanäle eine relativ weite Verbreitung fanden. So organisierte der *Georg-Weissel-Bund*, eine linke Gruppe des Mai 1933 verbotenen *Verbands Sozialistischer Mittelschüler* (VSM), den Wiener Vertrieb der Trotzki-Broschüre *Die österreichische Krise und der Kommunismus*. 1933 wurde von den Bolschewiki-Leninisten auch noch als zweiter Trotzki-Text *Österreich an der Reihe* publiziert. Dieser Text (mit dem ein *Brief an einen österreichischen Genossen* in unmittelbarem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang steht) stammte vom März 1933 und war wenige Tage nach der von Dollfuss provozierten sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments vom 5. März 1933, wenige Tage nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland geschrieben worden.

Dass sich die *Bolschewiki-Leninisten* auf die Linke in der Sozialdemokratie orientierte, hatte also die Unterstützung des Internationalen Sekretariats und Leo Trotzkis, der die Entwicklung dieser Intervention so genau, wie es ihm möglich war, verfolgte.

Im Anschluss können wir hier einige Texte dokumentieren, die als Ergebnis dieser Orientierung auf die sozialdemokratische Linke aufzufassen sind. Alle publizierten Texte sind mit dem Namen Franz Pavelka verbunden und stammen von ihm bzw. wurden von ihm maßgeblich mitverfasst. Er war Bezirksrat in Währing und langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Im Laufe des Jahres 1933 näherte er sich immer konsequenter Trotzki und den österreichischen Bolschewiki-Leninisten an und versuchte bis in den Sommer 1933 hinein, eine sozialdemokratische Oppositionsströmung aufzubauen. In einem Brief an Leo Trotzki vom 29.6.1933 bekannte er sich schon offen als Gegner von Sozialdemokratie und Stalinismus, wollte aber nicht aus der Sozialdemokratie austreten und seine „Heucheltaktik“ fortsetzen, um sich „von den Arbeitern nicht zu isolieren“. Solange dies gehe, wolle er dies tun, er befürchtete allerdings schon seinen baldigen Ausschluss.

¹ Trotsky, Leon: Lessons of May Day in Austria. May 7, 1933. – in: Writings of Leon Trotsky. [1932-33]. – New York 1972, S.230f.

² Trotsky, On the Difficulties of Our Work..., a.a.O., S.829; Hervorhebung im Original.

Das erste Dokument ist Pavelkas *Rede zur Wiener Konferenz* vom 27. Mai 1933 (der Text trägt fälschlich das Datum 28. Mai 1933). Unter dem martialischen Titel „*Wo stehen wir? Die Wiener Organisation hält Heerschau*“ publizierte die *Arbeiter-Zeitung* einen langen Artikel zu dieser Konferenz, in der bereits in der Einleitung die kritische Stimmung, die auf der Konferenz herrschte, durchschimmerte: „*In bedrängter Zeit, da die Massennot der Wirtschaftskrise die Welle des internationalen Fascismus furchtbar gestärkt, der österreichischen Konterrevolution Mut gemacht hat, gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse anzustürmen, hielt gestern die Wiener Sozialdemokratie ihre Jahreskonferenz ab. Eine Konferenz, die bewegter war als ihre Vorgängerinnen in früheren ruhigeren Jahren — aber ordnungsgemäß legten die Verwalter den Vertrauensmännern der Wiener Arbeiter Rechenschaft ab über die Leistungen und Arbeiten des vergangenen Jahres 1932. Rechenschaft ebenso im Materiellen und im Organisatorischen wie über den Geist, der die Partei zusammenhält.*“ (AZ, 28.5.1933, S.3)

In diesem Artikel ging die AZ auch kurz auf Pavelkas Redebeitrag ein und gab diesen mit folgenden Worten wieder – indem sie wohl ein wenig den (links-) oppositionellen Gehalt seiner Intervention herunterspielte: „*Pawelka (Währling): Wenn wir in die Phase der absoluten Verelendung des Proletariats gekommen sind, dann ist der Weg über die demokratische Republik und die bürgerliche Demokratie ausgeschlossen. Wenn wir zu den Lehren von Karl Marx zurückkehren, dann werden wir auch den Lehrsatz finden, daß es einen Ausweg aus der Krise nur gibt im strengsten Klassenkampf mit all seinen Konsequenzen.*“ (AZ, 28.5.1933, S.5)

Was die AZ allerdings unterschlug, war die Resolution, die zur Wiener Jahreskonferenz von Pavelka eingebracht wurde und die wir hier als zweiten Text publizieren. In dieser Resolution wurde der (links-) oppositionelle Gehalt der Intervention Pavelkas noch um einiges deutlicher: Schon im ersten Absatz wurde der Kurs auf einen Aufstand als einzige Möglichkeit, zwar etwas verklausuliert, aber doch klar, ausgesprochen. Eine andere (nämlich eine verfassungsmäßige) Lösung der politischen Krise sei gar nicht mehr möglich: „*Die Jahreskonferenz der Wiener sozialdemokratischen Organisation erklärt, dass jeder Versuch, die politische Krise verfassungsmäßig zu lösen, durch die letzten Schritte der Regierung Dollfuß endgültig unmöglich gemacht worden ist.*“ Mit überwältigender Mehrheit, nämlich mit 392 gegen 6 Pro-Stimmen wurde dieser Antrag jedoch abgelehnt. Diese sechs Stimmen waren auch die Basis, auf die sich die (trotskistische) Linksoption, die sich in der Sozialdemokratie gebildet hatte, stützen konnte.

Die nächste Intervention, die wir hier dokumentieren können, ist die Rede Pavelkas auf der Wiener Konferenz vom 23. Juni 1933 in den Favoritner Arbeitersälen. Auch dazu brachte die AZ einen längeren Artikel unter dem Titel „*Gemeindepolitik in schwerer Zeit. Die Wiener Konferenz über Wiener Fragen.*“ (AZ, 25.6.1933, S.3f.) Wieder brachte die *Arbeiter-Zeitung* eine kurze Zusammenfassung von Pavelkas Redebeitrag: „*Pawelka (Währling): Danneberg hat Wien mit einer Festung verglichen. Wir müssen verlangen, daß die Tore dieser Festung gesichert werden, gesichert mit allen Mitteln! Viele Vertrauensmänner fordern, daß alle Fascisten aus dem Gemeindedienst entfernt werden. (Beifall.)*“ Und auch diesmal wurde die Zusammenfassung dem Inhalt des Beitrags nicht ganz gerecht – wie zu erwarten, wurde auch jetzt wieder der linksoppositionelle Sinn der Intervention heruntergespielt.

Der letzte Beitrag war eine *Grundsätzliche Erklärung des Kreises revolutionärer Sozialdemokraten*. Diese Erklärung ist zwar undatiert, wird aber im Brief Franz Pavelkas an Leo Trotzki vom 29. Juni 1933 erwähnt, muss also aus derselben Zeit wie Pavelkas Rede auf der Wiener Konferenz vom 23. Juni 1933 stammen. Sie gibt eine Zusammenfassung der Positionen des *Kreises*. Gefordert wurde die Errichtung von Arbeiterräten und Arbeitslosenkomitees und u.a. eine Führung, „*die an Stelle der bürgerlichen Republik die Diktatur des Proletariats zu setzen gewillt ist*“. Ein langes Leben scheint diesem *Kreis* jedenfalls nicht beschieden gewesen zu sein, es ist jedenfalls das einzige Dokument, das uns von ihm vorliegt.

Mit dem Übertritt Pavelkas und seiner Mitstreiter/innen zu den *Bolschewiki-Leninisten* (ein Ausschlussdokument aus der Sozialdemokratischen Partei liegt uns nicht vor) wurden zwar die Versuche, im sozialdemokratischen Milieu eine (links-) oppositionelle Strömung aufzubauen, nicht aufgegeben, die Ereignisse des 12. Februar 1934 und das Verbot der SdAP mischten aber die politischen Karten überhaupt neu.

Manfred Scharinger, 15.5.2025

1 Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 28. Mai 1933.

Genossen und Genossinnen! Seit mehreren Tagen zieht sich durch unsere Arbeiterpresse die Fragestellung, dass man gemäß der gegebenen Situation sich anders einstellen, aber auch anders umstellen muss. Ich bezweifle, ob ein großer Teil der führenden Funktionäre gemäß seiner ganz anderen Einstellung das Umstellen noch besorgen kann. Denn mehr oder weniger scheint es mir, als ob Sie denn doch zu viel Zeit versäumt haben zu der höchst notwendigen Umkehr. Es ist für manche ungemein schwer, den Weg zur revolutionären Linie wieder zurück zu finden, und dieser Weg zurück kann nur gefunden werden, wenn man strenge nach den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx Einkehr hält in sich selber, aber damit auch Einkehr hält in der Partei. Es kann endlich einmal in diesem Saale und vor diesem Forum gesagt werden, dass man das Proletariat in diesem Lande ins Unglück hineinmanövriert hat. Man muss sich offen bekennen, dass einen großen Teil der Schuld in der politischen Entwicklung dieses Landes unsere Parteiführung hat. Wenn dadurch eine Umkehr erfolgt, so soll es niemand mehr freuen als uns. Wenn ich diesen Vorwurf erhebe, so nicht, um eine bloße Konstatierung zu machen, sondern um vor diesem Forum zu fragen, was ist nun zu tun und wie besorgen wir diese Umkehr. So wird es nicht gehen, wie der Parteivorstand vorschlägt, mit einer Bittschrift an den Bundespräsidenten. Solche Bittschriften haben sehr eigentümliche Schicksale. Erinnern wir uns doch nur an die Briefe Severings und Papen. Es muss offen gesagt werden, dass, was hier der Parteivorstand unternimmt, nichts anderes ist als wie der Gang nach Canossa. Wir unternehmen auch eine Werbung. Ja, glauben die Genossen, man kann Mitglieder werben, ohne eine Politik zu machen, die dem Proletariat entspricht und die damit diese Werbung unterstützt? Auf jede solche Aktion erfolgt ein neuer Vorstoß des Gegners, so wie wir in den letzten Tagen bemerken konnten. Wir sind kaum mit unserer Bittschrift herausgekommen, erfolgte schon die Auflösung der Freidenkerorganisation. Auch die Genossen auf der rechten Seite des Hauses müssen endlich zur Kenntnis gelangen, dass mit dieser demokratischen Illusion Schluss gemacht werden muss. Auch vom Standpunkt der demokratischen Elemente ist es notwendig festzustellen, dass man, wenn man schon eine solche Bittschrift unternimmt, endlich einmal der Bourgeoisie erklären wird müssen, dies ist unser letzter Versuch, hinter dem kommt nichts anderes als der Kampf mit allen Mitteln. Sie sprachen heute, dass uns der Gegner den Marxismus einbläut. Ja, frage ich Sie, warum haben Sie ihn denn verlassen? Es muss endlich einmal klargestellt werden, dass wir in der Zeit der absoluten Verelendung leben und dass in dieser Zeit auch der politische Kampf ein anderer sein muss, dass die Illusion, durch den Stimmzettel zur Macht zu gelangen, endgültig und auf immerwährende Zeiten begraben werden muss, dass es gilt, dem Proletariat zu lehren, dass in dieser Zeit der Klassenkampf geführt werden muss mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz. Dazu ist natürlich notwendig, dass Sie Ihrer zweiten und dritten Führergarnitur in allerernster Weise den Auftrag geben müssen, wenigstens die wirklichen Marxisten nicht zu hindern, dies dem Proletariat in der Sprache auch klar zu lehren. Wir glauben, damit wird der erste Schritt getan sein auf dem Wege der Gesundung und der Gesundung unserer Politik.

Resolution anbei.

Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 28. Mai 1933.

Genossinnen und Genossen ! Seit mehreren Tagen zieht sich durch unsere Arbeiterpresse die Fragestellung, dass man gemäss der gegebenen Situation sich anders einstellen aber auch anders umstellen muss. Ich bezweifle ob ein grosser Teil der führenden Funktionäre gemäss seiner ganz anderen Einstellung das Umstellen noch besorgen kann. Denn mehr oder weniger scheint es mir, als ob Sie denn doch zu viel Zeit versäumt haben zu der höchst notwendigen Umkehr. Es ist für manche ungemein schwer den Weg zur revolutionären Linie wieder zurück zu finden und dieser Weg zurück kann nur gefunden werden, wenn man strenge nach den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx Einkehr hält in sich selber aber damit auch Einkehr hält in der Partei. Es muss endlich einmal in diesem Saale und vor diesem Forum gesagt werden, dass man das Proletariat in diesem Lande ins Unglück hineinmannövriert hat. Man muss sich offen bekennen, dass einen grossen Teil der Schuld in der politischen Entwicklung dieses Landes unsere Parteiführung hat. Wenn jedoch eine Umkehr erfolgt, so soll es niemand mehr freuen als uns. Wenn ich diesen Vorwurf erhebe, so nicht, um eine blosser Konstatierung zu machen, sondern um vor diesem Forum zu fragen, was ist nun zu tun und wie besorgen wir diese Umkehr. So wird es nicht gehen wie der Parteivorstand vorschlägt, mit einer Bittschrift an den Bundespräsidenten. Solche Bittschriften haben sehr eigentümliche Schicksale. Erinnern wir uns doch nur an die Briefe Beverings und Wels an Hindenburg und Papen. Es muss offen gesagt werden, dass, was hier der Parteivorstand unternimmt nichts anderes ist als wie der Gang nach Canossa. Wir unternehmen auch eine Werbung. Ja, glauben Sie Genossen, man kann Mitglieder werben ohne eine Politik zu machen, die dem Proletariat entspricht und die damit diese Werbung unterstützt ? Auf jede solche Aktion erfolgt ein neuer Vorstoss des Gegners, so wie wir in den letzten Tagen bemerken konnten. Wir sind kaum mit unserer Bittschrift herausgekommen, erfolgte schon die Auflösung der Freidenkerorganisation. Auch die Genossen auf der rechten Seite des Hauses müssen endlich zur Kenntnis gelangen, dass mit dieser demokratischen Illusion Schluss gemacht werden muss. Auch vom Standpunkt der demokratischen Elemente ist es notwendig festzustellen, dass man, wenn man schon eine solche Bittschrift unternimmt, endlich einmal der Bourgeoisie erklären wird müssen, dies ist unser letzter Versuch, hinter dem kommt nichts anderes als der Kampf mit allen Mitteln. Sie sprechen heute, dass uns der Gegner den Marxismus einbläut. Ja, frage ich Sie, warum haben Sie ihn denn verlassen ? Es muss endlich einmal klar gestellt werden, dass wir in der Zeit der absoluten Voreilung leben und dass in dieser Zeit auch der politische Kampf ein anderer sein muss, dass die Illusion durch den Stimmsettel zur Macht zu gelangen endgiltig und auf immerwährende Zeiten begraben werden muss, dass es gilt dem Proletariat zu lehren, dass in dieser Zeit der Klassenkampf geführt werden muss mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz. Dazu ist natürlich notwendig, dass Sie Ihrer zweiten und dritten Führergarnitur in aller erster Linie den Auftrag geben müssen, wenigstens die wirklichen Marxisten nicht zu hindern, dies dem Proletariat in der Sprache nach Marx zu lehren. Wir glauben damit wird der erste Schritt getan sein auf dem Wege der Gesundung und der Gesundung unserer Politik.

Resolution anbei

2 **Resolution eingebracht zur Wiener Jahreskonferenz am 27. Mai 1933**

RESOLUTION

eingebracht zur Wiener Jahreskonferenz am 27. Mai 1933.

↓) Die Jahreskonferenz der Wiener sozialdemokratischen Organisation erklärt, dass jeder Versuch, die politische Krise verfassungsmäßig zu lösen, durch die letzten Schritte der Regierung Dollfuß endgültig unmöglich gemacht worden ist.

Der Austrofaschismus hat in den letzten 2½ Monaten Schritt für Schritt die Demokratie in Österreich zerschlagen. Er greift eine proletarische Machtposition nach der anderen an. Die Parteiführung ist bisher dem entscheidenden Kampf mit dem Faschismus ausgewichen. Sie hat den Gewaltstreich gegen das Parlament am 15. März, die Auflösung des republikanischen Schutzbundes und die Aufstellung einer faschistischen Hilfspolizei als auch die Aufhebung des Streikrechtes hingenommen, mit der Begründung, dass die Entscheidung noch vor uns liege.

Die Erfahrungen in Deutschland, aber auch die Entwicklung in Österreich beweisen, dass es unmöglich ist, den Faschismus mit legalen Mitteln zu bekämpfen, weil der Faschismus der Arbeiterklasse zuletzt auch diese legalen Mittel raubt. Mit dem Faschismus gibt es kein Verhandeln und keine Kompromisse.

Die Arbeiterklasse ist in Österreich durch keine Parteispaltung geschwächt. 400.000 Sozialdemokraten in Wien, 700.000 in ganz Österreich und 42% der Wähler, das ist eine Macht, die nicht kampflos vor dem Faschismus kapitulieren darf. Die Partei muss gegen die Angriffe auf die Rechte der Arbeitslosen, gegen die Bedrohung des Mieterschutzes, gegen den geplanten Raub der sozialen Errungenschaften, die Beseitigung der Betriebsräte usw. die Massenabwehr organisieren. Jeder Forderung nach einer faschistischen oder monarchistischen Verfassungsreform muss die Partei ein kategorisches Nein entgegensetzen und die gesamten Gewaltmittel des Proletariats dagegen aufbieten.

↓↓) In diesem Kampf auf Leben oder Tod muss die Gemeinde Wien eine Machtposition des Proletariats bleiben. Alle wichtigen Stellen in der Verwaltung und in den Betrieben müssen daher sofort von den Faschisten gereinigt und mit verlässlichen Sozialdemokraten besetzt werden.

↓↓↓) Die österreichische Sozialdemokratie darf nicht wie die deutsche in faschistischer Barbarei kampflos untergehen in dieser ernsten Stunde erneuern heute die Wiener Vertrauensmänner den Schwur vom 10. März, die Freiheit und die sozialen Rechte des Proletariats auch mit dem Einsatz des Lebens zu verteidigen, und fordern die gesamte Partei auf, sich auf den Entscheidungskampf vorzubereiten.

↓) Dieser Absatz wurde mit 392 : 6 Stimmen abgelehnt.

↓↓) „ „ „ dem Wr. Parteivorstand zur weiteren Behandlung zugewiesen.

↓↓↓) „ „ „ einstimmig angenommen.

RESOLUTION

eingebraucht zur Wiener Jahreskonferenz am 27. Mai 1933.

- +) Die Jahreskonferenz der Wiener sozialdemokratischen Organisation erklärt, dass jeder Versuch, die politische Krise verfassungsmässig zu lösen, durch die letzten Schritte der Regierung Dollfuß endgültig unmöglich gemacht worden ist.

Der Austrofaschismus hat in den letzten 2½ Monaten Schritt für Schritt die Demokratie in Oesterreich zerschlagen; er greift eine proletarische Machtposition nach dem andern an. Die Parteiführung ist bisher dem entscheidenden Kampfe mit dem Faschismus ausgewichen. Sie hat den Gewaltstreich gegen das Parlament am 15. März, die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und die Aufstellung einer faschistischen Hilfspolizei, als auch die Aufhebung des Streikrechtes hingenommen, mit der Begründung, dass die Entscheidung noch vor uns liege.

Die Erfahrungen in Deutschland, aber auch die Entwicklung in Oesterreich beweisen, dass es unmöglich ist, den Faschismus mit legalen Mitteln zu bekämpfen, weil der Faschismus der Arbeiterklasse zuletzt auch diese legalen Mittel raubt. Mit dem Faschismus gibt es kein Verhandeln und keine Kompromisse.

Die Arbeiterklasse ist in Oesterreich durch keine Parteispaltung geschwächt. 400.000 Sozialdemokraten in Wien, 700.000 in ganz Oesterreich und 42% der Wähler, das ist eine Macht, die nicht kampflos vor dem Faschismus kapitulieren darf. Die Partei muss gegen die Angriffe auf die Rechte der Arbeitslosen, gegen die Bedrohung des Mieterschutzes, gegen den geplanten Raub der sozialen Errungenschaften, die Beseitigung der Betriebsräte usw. die Massenabwehr organisieren. Jeder Forderung nach einer faschistischen oder monarchistischen Verfassungsreform muss die Partei ein kategorisches Nein entgegensetzen und die gesamten Gewaltmittel des Proletariats dagegen aufbieten.

- ++) In diesem Kampfe auf Leben oder Tod muss die Gemeinde Wien eine Machtposition des Proletariats bleiben. Alle wichtigen Stellen in der Verwaltung und in den Betrieben müssen daher sofort von den Faschisten gereinigt und mit verlässlichen Sozialdemokraten besetzt werden.

- +++ Die österreichische Sozialdemokratie darf nicht wie die deutsche in faschistischer Barbarei kampflos untergehen. In dieser ersten Stunde erneuern heute die Wiener Vertrauensmänner den Schwur vom 10. März, die Freiheit und die sozialen Rechte des Proletariats auch mit dem Einsatz des Lebens zu verteidigen und fordern die gesamte Partei auf, sich auf den Entscheidungskampf vorzubereiten.

- +) Dieser Absatz wurde mit 392 : 6 Stimmen abgelehnt.

- ++) " " " dem Wr. Parteivorstand zur weiteren Behandlung zugewiesen.

- +++ " " " einstimmig angenommen.

3 **Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 23. Juni 1933**

Genossinnen und Genossen! Nur mit tiefer Besorgnis konnte man den Ausführungen des Genossen Danneberg folgen. Mit tiefer Besorgnis im Interesse des Proletariats und auch des Schicksals der vielen Arbeiter, die im Dienste dieser Stadt stehen. Aber wenn wir auch zugeben müssen, dass Danneberg aufgrund seiner Errechnungen zu jenen Maßnahmen gelangt, die er vorschlägt, so muss denn doch in dieser ernsten Stunde gesagt werden, dass die politischen Schlussfolgerungen, die er zieht, falsch sind. Denn er erklärt, es streiten hier zwei Teile in einem Rechtsstaat. Er hat die Angelegenheit so aufgezümt, als wie wenn zwei vor ihrem Richter stehen. In allererster Linie ist es überhaupt ein Rechtsstaat? Ich verneine dies auf das Entschiedenste. Es ist jetzt in dieser Phase des Vorfaschismus kein Grund, und es war auch keiner, als man noch eine sogenannte Demokratie hatte. Und es sind auch keine zwei Teile, die streiten, sondern es ist immer ein Kampf zweier Klassen gewesen. Zweier Klassen, von denen immer der einen eingeredet wurde, es sei denn doch möglich, innerhalb der kapitalistischen Welt eine sozialistische Gemeinde aufzurichten, und es gelte, auch eine demokratische Insel zu schützen. Alle diese Illusionen verfliegen unter dem Pesthauch der kapitalistischen Krise, besser gesagt in der Systemkrise des Kapitalismus. Und nun wird uns der furchtbare Fehler des Verlassens der Generallinie des Marxismus erst recht deutlich und klar. Es hat einmal ein großer Redner bei einer Geburtstagsfeier erklärt, wir seien zu stark auf diese Grundlinie eingestellt, während die andern mehr den Schwierigkeiten der konkreten Tagespolitik zuneigen und denselben Rechnung tragen. Wenn wir die Entwicklung der ersten Abgabenbeilegung unter der Regierung Ender verfolgen bis zur letzten Notverordnung des Dr. Dollfuß, so können wir beiläufig ermessen, was uns diese Schwingweiten gekostet haben. Aber in dieser jetzigen Situation nützen momentan die Vorwürfe nichts, sondern wir wollen zur Personalpolitik unsere Feststellungen machen, was notwendig ist und was geschehen soll. In allererster Linie ist zur Personalpolitik zu sagen, dass niemand versuchen wird Lohnabzüge von einem Einkommen unter 250,--. Dass nach oben eine erträgliche Grenze festgestellt werden muss beiläufig in der Höhe von 600,-- herum und dass sich die Bezüge aller Gemeindeangestellten zwischen diesen beiden Grenzen verhalten sollen. Wir bestreiten nicht Ausnahmerecheinungen, aber solche dürfen nur in besonderen Fällen gestattet werden. Wir verlangen so wie früher die Entlassung aller Faschisten und wir legen besonderen Wert darauf, dass sie aus den führenden Stellen eliminiert werden. Wir legen einen besonderen Wert darauf, dass die Machtposition dieses letzten Bollwerkes des Proletariats, die Gemeinde Wien, verteidigt wird durch Schaffung einer bewaffneten Organisation, um der faschistischen Hilfspolizei ein gewisses Parole zu bieten. Danneberg hat Wien mit einer Festung verglichen. Gestehen wir es nur offen: Die Wälle und die Bastionen sind bereits vom Feinde besetzt. Wir haben nur die Sorge, dass Sie nicht die Türen offenlassen, um dem Feind ungehindert Eintritt zu verschaffen, wir verlangen von Ihnen, dass die Tore zweckentsprechend verrammelt werden und nehmen Sie zum Schlusse zur Kenntnis, dass es sich durchwegs nicht um Personalfragen handelt, sondern dass auch dies Machtfragen sind. Und Machtfragen können nur gelöst werden, wenn wir für alle unsere Maßnahmen die ungeheure Masse des Proletariats interessieren. Wenn diesen Massen verständlich gemacht wird, um was es sich hier handelt, um was es geht. Deshalb müssen wir bei diesen Abbaumaßnahmen nach jeder Richtung hin solche Dinge tun, die den wirklichen politischen Interessen entsprechen.

(Es folgt nun die Resolution.) [handschriftlicher Vermerk] *konnte nicht beilegen!*

Rede zur Wiener Konferenz von Franz Pavelka am 23. Juni 1933.

Genossinnen und Genossen! Hier mit tiefer Besorgnis konnte man den Ausführungen des Genossen Danneberg folgen. Mit tiefer Besorgnis im Interesse des Proletariats und auch des Schicksals der vielen Arbeiter, die im Dienste dieser Stadt stehen. Aber, wenn wir auch zugeben müssen, dass Danneberg auf Grund seiner Errechnungen zu jenen Massnahmen gelangt, die er vorschlägt, so muss denn doch in dieser ersten Stunde gesagt werden, dass die politischen Schlussfolgerungen, die er zieht falsch sind. Denn er erklärt, es streiten hier zwei Teile in einem Rechtsstaat. Er hat die Angelegenheit so aufgezäumt als wie wenn zwei vor ihrem Richter stehen. In aller erster Linie ist es überhaupt ein Rechtsstaat? Ich verneine dies auf das Entschiedenste. Es ist jetzt in dieser Phase des Vorfaschismus keiner und es war auch keiner als man noch eine sogenannte Demokratie hatte. Und es sind auch keine zwei Teile die streiten, sondern es ist immer ein Kampf zweier Klassen gewesen. Zweier Klassen, von denen immer der einen eingeordnet wurde, es sei denn doch möglich innerhalb der kapitalistischen Welt eine sozialistische Gemeinde aufzurichten und es gelte auch eine demokratische Insel zu schützen. Alle diese Illusionen verfliegen unter dem Pesthauch der kapitalistischen Krise, besser gesagt in der Systemkrise des Kapitalismus. Und nun wird uns der furchtbare Fehler des Verlassens der Grundlinie des Marxismus erst recht deutlich und klar. Es hat einmal ein grosser Redner bei einer Geburtstagfeier erklärt, wir seien zu stark auf diese Grundlinie eingestellt, während die andern mehr den Schwingweiten der konkreten Tagespolitik zuneigen und denselben Rechnung tragen. Wenn wir die Entwicklung hiens von der ersten Abgabenteilung-nuter der Regierung Ender verfolgen bis zur letzten Notverordnung des Dr. Dollfuss, so können wir beiläufig ermesen, was uns diese Schwingweiten gekostet haben. Aber in dieser jetzigen Situation nützen momentan die Vorwürfe nichts, sondern wir wollen zur Personalpolitik unsere Feststellungen machen, was notwendig ist und was geschehen soll. In allererster Linie ist zur Personalpolitik zu sagen, dass niemand vorziehen wird Lohnabzug von einem Einkommen unter S 250.--. Dass nach oben eine erträgliche Grenze festgestellt werden muss beiläufig in der Höhe von S 600.-- herum und dass sich die Bezüge aller Gemeindegestellten zwischen diesen beiden Grenzen verhalten sollen. Wir bestreiten nicht Ausnahmserscheinungen aber solche dürfen nur in besonderen Fällen gestattet werden. Wir verlangen so wie früher die Entlassung aller Faschisten und wir legen besonderen Wert darauf, dass sie aus den führenden Stellen eliminiert werden. Wir legen einen besonderen Wert darauf, dass die Machtposition dieses letzten Bollwerkes des Proletariats, die Gemeinde, Wien, verteidigt wird durch Schaffung einer bewaffneten KKKK Organisation, um der faschistischen Hilfspolizei ein gewisses Parole zu bieten. Danneberg hat Wien mit einer Festung verglichen. Gestehen wir es nur offen: Die Wälle und die Bastionen sind bereits vom Feinde besetzt. Wir haben nur die Sorge, dass Sie nicht die Türen offen lassen, um dem Feind ungehindert Eintritt zu verschaffen, wir verlangen von Ihnen, dass die Tore zweckentsprechend verrammelt werden und nehmen Sie zum Schlusse zur Kenntnis, dass es sich durchwegs nicht um Personalfragen handelt, sondern dass auch dies Machtfragen sind. Und Machtfragen können nur gelöst werden, wenn wir für alle unsere Massnahmen die ungeheure Masse des Proletariats interessieren. Wenn diesen Massen verständlich gemacht wird, um was es sich hier handelt, um was es geht. Deshalb müssen wir bei diesen Abbaumassnahmen nach jeder Richtung hin solche Dinge tun, die den wirklichen politischen Interessen entsprechen.

(Es folgt nun die Resolution.)

brunnt nicht belegen!

4 Grundsätzliche Erklärung des Kreises revolutionärer Sozialdemokraten

Grundsätzliche Erklärung des Kreises revolutionärer Sozialdemokraten.

Parteigenossinnen und -genossen!

Der Kapitalismus ist in Mitteleuropa mit der Wirtschaftskrise in sein letztes Stadium getreten und versucht mit Hilfe der faschistischen Diktatur seine Herrschaft gegen die durch die ungeheure Not aufgepeitschten Massen zu behaupten.

In dieser schweren Phase des Kampfes der Klassen gegeneinander hatte sich gezeigt, dass die sozialdemokratische Partei unfähig ist, das Proletariat zum Angriff zu führen, dass sie aber auch gänzlich versagt bei der Organisation und Führung der Abwehr.

In Österreich erobert eine Abart des Faschismus, repräsentiert durch die Regierung Dollfuß, eine Position um die andere, ohne dass die Arbeiterschaft zum Gegenangriff übergeht. Günstige Abwehrsituationen, die die Möglichkeit boten, dem Faschismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen, sind versäumt worden, und die sozialdemokratische Partei verharret tatenlos, obwohl die Einheit der Organisationen und die Beherrschung der wichtigsten Betriebe dieses Landes den Erfolg einer Gegenwehr noch immer gewährleistet.

Aber die Zeit drängt, denn der ursprünglichen Kampfbegeisterung ist in manchen Kreisen des Proletariats bereits Mutlosigkeit gefolgt.

Schon sehen wir Deserteure des Klassenkampfes die Partei verlassen. Meist sind es nur Kleinbürger, aber auch brave Genossen, die aus Ärger und Unwillen über die Parteiführung, von der sie keine rettende Aktion mehr erwarten, stehen beiseite.

Die Parteiführung hat theoretisch und praktisch den revolutionären proletarischen Sozialismus, den Marxismus, in einen kleinbürgerlichen Reformsozialismus umgebogen, darin liegt die Ursache der mangelnden Kampfkraft der Parteiführung, die damit das Gefüge der Partei, die Einheit und Kraft des Proletariats auf das Schwerste gefährdet. Durch ihre theoretische Einstellung auf eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung zum Sozialismus hat sie den Sinn der Massen von der Revolution abgewendet, hat sie die Arbeiterklasse zu Wählern erzogen, anstatt sie mit dem Bewusstsein ihrer historischen Mission, der Revolution, zu erfüllen.

Durch ihre praktische Politik, die sich nur im parlamentarischen Kampf erschöpfte, ist sie unfähig geworden, in dieser überwiegend durch ihre eigene Unfähigkeit hervorgerufenen Lage, dem Proletariat als Führer voranzugehen.

Durch das Fehlen jeglicher Parteidemokratie, durch die starre Gestaltung der Parteibürokratie hat sie den organisierten Massen die Möglichkeit genommen, ihren Willen in der Partei wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Sie hat dadurch die Initiative der Massen lahmgelegt, die zur revolutionären Tat notwendige Einheit von Masse und Führung systematisch untergraben, damit aber den Grund zur Ohnmacht der Partei in der Situation des konterrevolutionären Angriffs gelegt.

Was nun?

Innerhalb der Partei macht sich in immer größerem Maße die Forderung nach Änderung der bisherigen Parteitaktik geltend.

Wenn das österreichische Proletariat vor einer Niederlage bewahrt werden soll, wenn alle Arbeiterorganisationen insoweit sie auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen,

vor der Auflösung geschützt werden sollen, ist es notwendig, die revolutionären Elemente und Gruppen zu sammeln und zu organisieren, um sie so gemeinsam zum Kampf zu führen.

Anstelle der jetzigen Parteiführung, die durch ihre Tolerierungs- und Kapitulationspolitik versagte, muss eine Führung treten, die die Partei wieder zur revolutionären Vorhut des Proletariats macht.

Eine Führung, die theoretisch die Einsicht in die Bedeutung der Revolution in der faschistischen Phase des Imperialismus vorbereitet.

2

Eine Führung, die ohne Sentimentalität die Massen des Proletariats kampfbereit macht, wenn auch im Bewusstsein aller Gefahren gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu führen bereit ist.

Eine Führung, die an Stelle der bürgerlichen Republik die Diktatur des Proletariats zu setzen gewillt ist.

Eine Führung, die die Einheit des gesamten Proletariats in der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die herrschende Gewalt, auch mit den in der kommunistischen Internationale vereinigten Parteien herstellt.

Eine Führung, die den Willen des Proletariats in seiner revolutionären Unmittelbarkeit in der Partei zum Ausdruck kommen lässt.

Noch besteht die Möglichkeit, die Lage des Proletariats in Österreich entscheidend zu seinen Gunsten zu verändern, und in der Hand jedes Parteimitgliedes liegt heute noch die Entscheidung über sein eigenes Schicksal, wie über das Schicksal der Partei und des Proletariats.

Wer es mit der Erhaltung der Arbeiterorganisationen und mit der Erhaltung der Partei ganz meint, wer die Treue zur Partei vereint wissen möchte mit der Treue zum revolutionären Proletariat, mit der Treue zum Sozialismus, wer den Sieg des internationalen Sozialismus vorbereiten will, der vereinigt sich mit dem

Kreis revolutionärer Sozialdemokraten, arbeitet in seinem Geiste und befolgt seine Parolen.

Dieser Kreis vereinigt Genossinnen und Genossen, die von dem Willen erfüllt sind, die österreichische Sozialdemokratie zu dem zu machen, was sie in ihren Anfängen war und was sie nach ihrer geschichtlichen Aufgabe sein soll, die Führerin des Proletariats zur sozialen Revolution.

Der „K.r.S.“ fordert im Kampf gegen die herrschende Parteirichtung:

1. Entfernung aller Reformsozialisten aus der Führung u.zw. vom Lokalverein bis zur höchsten Instanz der Partei.
2. Abschaffung des Pluralwahlrechtes der Parteibürokraten in allen Formen und Instanzen, Entzug des Delegationsrechtes der sogenannten angeschlossenen Vereine und Organisationen.
3. Reform des Organisationsstatuts nach folgenden Richtlinien:
 - a) Die Grundlage bildet die Vertrauenspersonenversammlung des Bezirkes, umfassend nur die Mitarbeiter der Partei, beratend und entscheidend in allen Fragen, da nur diese Personen allein es sind, die die Unmittelbarkeit des Massenwillens zur Geltung bringen.
 - b) Die Landesversammlung. Sie umfasst die Delegierten des Bezirkes, auf je 1.000 Mitglieder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Landes- resp. Gemeindepolitik.

- c) Die Reichsversammlung. Sie umfasst die Delegierten der Bezirke, auf 5.000 Mitglieder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Bundesrepublik.
 - d) Die die unter a b c genannten wählen zur Durchführung ihrer Aktionen Vollzugsausschüsse nach dem Proporz, bestehend aus höchstens 10 Funktionären.
 - e) Alle unter a bis d genannten Organisationsmitglieder müssen mindestens einmal im Monat zusammentreten, beratend und beschließend, sie allein bestimmen ihre Repräsentanten und Mandatare, wobei die Bezirksversammlung die letzte Entscheidung fällt.
4. Angleichung der Lebenshaltung der Partei- und Gewerkschaftsbeamten und Funktionäre. Alle jenige, die einen Betrag von 600 Vollschiilling pro Monat übersteigen, sind einem einheitlichen Partei-Kampffond abzuführen.
 5. Grundsätzliches Verbot aller Doppelmandate ohne Ausnahme. Altershöchstgrenze von 40 Jahren für alle Funktionäre, mit Ausnahme jener des lokalen Vereins.

3

Der „K.r.S.“ tritt ein

- 1.) Für die Errichtung von Arbeiterräten in den Betrieben.
- 2.) Für die Errichtung von Bauernräten der Landarmen und Landlosen
- 3.) Für die Errichtung von Arbeitslosenkomitees.
- 4.) Für die Unterstützung aller Massenaktionen des Proletariats, die geeignet sind, die Aktivität des revolutionären Proletariats zu steigern.

Der „K.r.S.“ ist der festen Überzeugung, durch diese Forderungen und Annahmen das Beharrungsvermögen und den Widerstand sowie die eventuelle Sabotage der verschiedensten Instanzen der Partei zu überwinden. Sie bilden nur die nötigsten Aufgaben seiner Tätigkeit und er wird sie der Entwicklung folgend ergänzen.

Der „K.r.S.“ ist sich der Schwere der Verantwortung in der heutigen Zeit vollkommen bewusst, er fordert in letzter Stunde alle Parteimitglieder auf, sich um ihn zu scharen, zum Kampfe der Eroberung der sozialdemokratischen Partei im Interesse des revolutionären Proletariats auf dem Wege zum Sozialismus.

DER KREIS REVOLUTIONÄRER SOZIALDEMOKRATEN.

Grundsätzliche Erklärung des Kreises revolutionärer Sozialdemokraten.

Parteilgenossinnen und -genossen !

Der Kapitalismus ist in Mitteleuropa mit der Wirtschaftskrise in sein letztes Stadium getreten und versucht mit Hilfe der faschistischen Diktatur seine Herrschaft, gegen die, durch die ungeheure Not aufgepeitschten Massen zu behaupten.

In dieser schweren Phase des Kampfes der Klassen gegeneinander hat es sich gezeigt, dass die sozialdemokratische Partei unfähig ist das Proletariat zum Angriff zu führen, dass sie aber auch gänzlich versagt bei der Organisation und Führung der Abwehr.

In Österreich erobert eine Abart des Faschismus, repräsentiert durch die Regierung Dollfuß eine Position um die andere, ohne dass die Arbeiterschaft zum Gegenangriff übergeht. Günstige Abwehrsituationen, die die Möglichkeit boten, dem Faschismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen, sind verstreut worden und die sozialdemokratische Partei verharret tatenlos, obwohl die Einheit der Organisationen und die Beherrschung der wichtigsten Betriebe dieses Landes den Erfolg einer Gegenwehr noch immer gewährleistet.

Aber die Zeit drängt, denn der ursprünglichen Kampfbegeisterung ist in manchen Kreisen des Proletariats bereits Lethargie gefolgt.

Schon sehen wir Deserteure des Klassenkampfes die Partei verlassen, meist sind es nur Kleinbürger, aber auch brave Genossen, die aus Aerger und Unwillen über die Parteiführung von der sie keine rettende Aktion mehr erwarten, stehen bei Seite.

Die Parteiführung hat theoretisch und praktisch den revolutionären, proletarischen Sozialismus, den Marxismus, in einen kleinbürgerlichen Reformsozialismus umgebogen, darin liegt die Ursache der mangelnden Kampfbereitschaft der Parteiführung, die damit das Gefüge der Partei, die Einheit und Kraft des Proletariats auf das Schwerste gefährdet. Durch ihre theoretische Einstellung auf eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung zum Sozialismus hat sie den Sinn der Massen von der Revolution abgewendet, hat sie die Arbeiterklasse zu Wählern erzogen, anstatt sie mit dem Bewusstsein ihrer historischen Mission, der Revolution, zu erfüllen.

Durch ihre praktische Politik, die sich nur im parlamentarischen Kampf erschöpfte, ist sie unfähig geworden in dieser, überwiegend durch ihre eigene Unfähigkeit hervorgerufenen Lage, dem Proletariat als Führer voranzugehen.

Durch das Fehlen jeglicher Parteidemokratie, durch die starre Gestaltung der Parteibürokratie, hat sie den organisierten Massen die Möglichkeit genommen, ihren Willen in der Partei wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Sie hat dadurch die Initiative der Massen lahmgelegt, die zur revolutionären Tat notwendige Einheit von Masse und Führung systematisch untergraben, damit aber den Grund zur Ohnmacht der Partei in der Situation des Konterrevolutionären Angriffs gelegt.

Was nun ?

Innerhalb der Partei macht sich in immer grösserer Masse die Forderung nach Änderung der bisherigen Parteitaktik geltend.

Wenn das österreichische Proletariat vor einer Niederlage bewahrt werden soll, wenn alle Arbeiterorganisationen, insoweit sie auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen, vor der Auflösung geschützt werden sollen, ist es notwendig, dass revolutionären Elemente und Gruppen zu sammeln und zu organisieren, um sie so gemeinsam zum Kampfe zu führen.

An Stelle der jetzigen Parteiführung, die durch ihre Taktierungs- und Kapitulationspolitik versagt, muss eine Führung treten, die die Partei wieder zur revolutionären Vorhut des Proletariats macht.

Eine Führung, die theoretisch die Einsicht in die Bedeutung der Revolution in der faschistischen Phase des Imperialismus verbreitet.

Eine Führung, die ohne Sentimentalität die Massen des Proletariats kampfentschlossen, wenn auch im Bewusstsein aller Gefahren, gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu führen bereit ist.

Eine Führung, die an Stelle der bürgerlichen Republik die Diktatur des Proletariats zu setzen gewillt ist.

Eine Führung, die die Einheit des Gesamtproletariats in der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die herrschende Gewalt auch mit den in der kommunistischen Internationale vereinigten Parteien herstellt.

Eine Führung, die den Willen des Proletariats in seiner revolutionären Unmittelbarkeit in der Partei zum Ausdruck kommen lässt.

Noch besteht die Möglichkeit die Lage des Proletariats in Oesterreich entscheidend zu seinem Gunsten zu verändern und in der Hand jedes Parteimitgliedes liegt heute noch die Entscheidung über sein eigenes Schicksal, wie über das Schicksal der Partei und des Proletariats.

Wer es mit der Erhaltung der Arbeiterorganisationen und mit der Erhaltung der Partei ernst meint, wer die Treue zur Partei vereint wissen möchte mit der Treue zum revolutionären Proletariat, mit der Treue zum Sozialismus, wer den Sieg des internationalen Sozialismus vorbereiten will, der vereinigt sich mit dem

Kreis revolutionärer Sozialdemokraten, arbeitet in seinem Geiste und befolgt seine Parolen.

Dieser Kreis vereint Genossinnen und Genossen, die von dem Willen erfüllt sind, die Oesterreichische Sozialdemokratie zu dem zu machen, was sie in ihren Anfängen war und was sie nach ihrer geschichtlichen Aufgabe sein soll, die Führerin des Proletariats zur sozialen Revolution.

Der "K.r.S." fordert im Kampf gegen die herrschende Parteirichtung:

1.) Entfernung aller reformsozialisten aus der Führung u.zw. vom lokalen Verein bis zur höchsten Instanz der Partei.

2.) Abschaffung des Pluralwahlrechtes der Parteibürokraten in allen Formen und Instanzen, Entzug des Delegationsrechtes der sogenannten angeschlossenen Vereine und Organisationen.

3.) Reform des Organisationsstatutes nach folgenden Richtlinien:

a) Die Grundlage bildet die Vertreterspersonenversammlung des Bezirkes, umfassend nur die Mitarbeiter der Partei, beratend und entscheidend in allen Fragen, da nur diese Personen allein es sind, die die Unmittelbarkeit des Massenwillens zur Geltung bringen.

b) Die Landesversammlung. Sie umfasst die Delegierten der Bezirke, auf je 1000 Mitgl oder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Landes-, resp. Gemeindepolitik.

c) Die Reichsversammlung. Sie umfasst die Delegierten der Bezirke, auf je 5000 Mitglieder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Bundesrepublik.

d) Die unter a, b, c Genannten wählen zur Durchführung ihrer Aktionen Vollzugsausschüsse, nach dem Proporz, bestehend aus höchstens 10 Funktionären.

e) Alle unter a-d genannten Organisationsglieder müssen mindestens einmal im Monat zusammentreten, beratend und beschliessend, sie allein bestimmen ihre Repräsentanten und Mandatäre, wobei die Bezirksversammlung die letzte Entscheidung fällt.

4.) Angleichung der Lebenshaltung der Partei- und Gewerkschaftsbeamten und Funktionäre. Alle Bezüge, die einen Betrag von 600 Goldschilling pro Monat übersteigen, sind einem einheitlichen Partei-Kampffond abzuführen.

5.) Grundsätzliches Verbot aller Doppelmandate ohne Ausnahme. Altershöchstgrenze von 60 Jahren für alle Funktionäre, mit Ausnahme jener des lokalen Vereins.

Der "K.r.S." tritt ein: 1.) Für die Errichtung von Arbeiterräten in den Betrieben.
2.) Für die Errichtung von Bauernräten der Landarmen und Landlosen.
3.) Für die Errichtung von Arbeitslosenkomitees.
4.) Für die Unterstützung aller Massenaktionen des Proletariats, die geeignet sind die Aktivität des revolutionären Proletariats zu steigern.

Der "K.r.S." ist der festen Überzeugung durch diese Forderungen und Annahmen das Beharrungsvermögen und den Widerstand, sowie die eventuelle Sabotage der verschiedensten Instanzen der Partei zu überwinden, sie bilden nur die nächsten Aufgaben seiner Tätigkeit und er wird sie der Entwicklung folgend ergänzen.

Der "K.r.S." ist sich der Schwere und Verantwortung in der heutigen Zeit vollkommen bewusst, er fordert in letzter Stunde alle Parteimitglieder auf, sich um ihn zu scharen, zum Kampfe der Eroberung der sozialdemokratischen Partei im Interesse des revolutionären Proletariats auf dem Wege zum Sozialismus.

DER KREIS REVOLUTIONÄRER SOCIAL DEMOKRATEN.

Eine Führung, die ohne Sentimentalität die Massen des Proletariats kampfentschlossen, wenn auch im Bewusstsein aller Gefahren, gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu führen bereit ist.

Eine Führung, die an Stelle der bürgerlichen Republik die Diktatur des Proletariats zu setzen gewillt ist.

Eine Führung, die die Einheit des Gesamtproletariats in der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die herrschende Gewalt auch mit den in der kommunistischen Internationale vereinigten Parteien herstellt.

Eine Führung, die den Willen des Proletariats in seiner revolutionären Unmittelbarkeit in der Partei zum Ausdruck kommen lässt.

Noch besteht die Möglichkeit die Lage des Proletariats in Oesterreich entscheidend zu seinem Gunsten zu verändern und in der Hand jedes Parteimitgliedes liegt heute noch die Entscheidung über sein eigenes Schicksal, wie über das Schicksal der Partei und des Proletariats.

Wer es mit der Erhaltung der Arbeiterorganisationen und mit der Erhaltung der Partei ernst meint, wer die Treue zur Partei vereint wissen möchte mit der Treue zum revolutionären Proletariat, mit der Treue zum Sozialismus, wer den Sieg des internationalen Sozialismus vorbereiten will, der vereinigt sich mit dem

Kreis revolutionärer Sozialdemokraten, arbeitet in seinem Geiste und befolgt seine Parolen.

Dieser Kreis vereint Genossinnen und Genossen, die von dem Willen erfüllt sind, die Oesterreichische Sozialdemokratie zu dem zu machen, was sie in ihren Anfängen war und was sie nach ihrer geschichtlichen Aufgabe sein soll, die Führerin des Proletariats zur sozialen Revolution.

Der "K.r.S." fordert im Kampf gegen die herrschende Parteirichtung:

- 1.) Entfernung aller reformsozialistischen aus der Führung u.zw. vom lokalen Verein bis zur höchsten Instanz der Partei.
- 2.) Abschaffung des Pluralwahlrechtes der Parteibürokraten in allen Formen und Instanzen, Entzug des Delegationsrechtes der sogenannten angeschlossenen Vereine und Organisationen.
- 3.) Reform des Organisationsstatutes nach folgenden Richtlinien:
 - a) Die Grundlage bildet die Vertrauenspersonenversammlung des Bezirkes, umfassend nur die Mitarbeiter der Partei, beratend und entscheidend in allen Fragen, da nur diese Personen allein es sind, die die Unmittelbarkeit des Massenwillens zur Geltung bringen.
 - b) Die Landesversammlung. Sie umfasst die Delegierten der Bezirke, auf je 1000 Mitgl. oder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Landes-, resp. Gemeindepolitik.
 - c) Die Reichsversammlung. Sie umfasst die Delegierten der Bezirke, auf je 5000 Mitglieder ein Mandat, beratend und entscheidend in allen Fragen der Bundesrepublik.
 - d) Die unter a, b, c Genannten wählen zur Durchführung ihrer Aktionen Vollzugsausschüsse, nach dem Proporz, bestehend aus höchstens 10 Funktionären.
 - e) Alle unter a-d genannten Organisationsglieder müssen mindestens einmal im Monat zusammentreten, beratend und beschliessend, sie allein bestimmen ihre Repräsentanten und Mandatäre, wobei die Bezirksversammlung die letzte Entscheidung fällt.
- 4.) Angelegenheit der Lebenshaltung der Partei- und Gewerkschaftsbeamten und Funktionäre. Alle Bezüge, die einen Betrag von 600 Goldschilling pro Monat übersteigen, sind einem einheitlichen Partei-Kampffond abzuführen.
- 5.) Grundsätzliches Verbot aller Doppelmandate ohne Ausnahme. Altershöchstgrenze von 60 Jahren für alle Funktionäre, mit Ausnahme jener des lokalen Vereins.

Preis im Einzelverkauf:
an Wochentagen
20 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
30 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich 5 S.-

für das Ausland:
Deutschland . . . RM 3.-
Tschechoslow. Republik 28.-
Polen 25.-
Jugoslawien . . Din. 60.-
Alle sonstigen dem Weltpost-
verein angehörenden Länder
Höchst. Schilling 7.-

Unter Vorzensur

Zweite Auflage

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Verlags-
V. Rechte Wienzeile 17
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige
Anzeigenannahme:
„Annoncen“, Reflamo-
u. Verlags-Gesellschaft
L. Schulerstraße 13
Tel. B 29-5-70 bis 73 und
B 29-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen
für Wien:
In allen Verlagsstellen u.
in Zulassung durch die Post
Monatlich 5 S.-

Nr. 146

Wien, Sonntag, 28. Mai 1933

46. Jahrgang

Die Debatte.

Pawella (Währing): Wenn wir in die Phase der absoluten Verelendung des Proletariats gekommen sind, dann ist der Weg über die demokratische Republik und die bürgerliche Demokratie ausgeschlossen. Wenn wir zu den Lehren von Karl Marx zurückkehren, dann werden wir auch den Lehrsatz finden, daß es einen Ausweg aus der Krise nur gibt im strengsten Klassenkampf mit all seinen Konsequenzen.

AZ, 28.5.1933, S.5

Preis im Einzelverkauf:
an Wochentagen
20 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
30 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich 5 S.-

für das Ausland:
Deutschland . . . RM 3.-
Tschechoslow. Republik 28.-
Polen 25.-
Jugoslawien . . Din. 60.-
Alle sonstigen dem Weltpost-
verein angehörenden Länder
Höchst. Schilling 7.-

Unter Vorzensur

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Verlags-
V. Rechte Wienzeile 17
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige
Anzeigenannahme:
„Annoncen“, Reflamo-
u. Verlags-Gesellschaft
L. Schulerstraße 13
Tel. B 29-5-70 bis 73 und
B 29-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen
für Wien:
In allen Verlagsstellen u.
in Zulassung durch die Post
Monatlich 5 S.-

Nr. 173

Wien, Sonntag, 25. Juni 1933

46. Jahrgang

Die Debatte.

Pawella (Währing): Danneberg hat Wien mit einer Festung verglichen. Wir müssen verlangen, daß die Tore dieser Festung gesichert werden, gesichert mit allen Mitteln! Viele Vertrauensmänner fordern, daß alle Faschisten aus dem Gemeindedienst entfernt werden. (Beifall.)

AZ, 25.6.1933, S.4